

## **Das Euro-Debakel – Was wird aus Europa ?**

Zum Wahlergebnis in Griechenland hat die Euro-Gruppe, die Regierungen der Euroländer, eine Erklärung herausgegeben, dass das Wahlergebnis erlaube, „eine Regierung zu bilden, die Griechenland aus der Krise führt“. Die Erleichterung in Berlin und bei den anderen politischen Agenturen des Euro-Kapitals ist mit Händen zu greifen, dass nicht Syriza, das Bündnis der radikalen Linken, die Wahlen gewonnen hat. Die wollten die alten Spardiktate der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF vom Tisch haben und völlig neu verhandeln. Sie haben mit diesem Programm zwar im Wahlergebnis über 50 % gegenüber der letzten Wahl zugelegt, kamen auf 27 % der Stimmen. Neue Demokratie und Pasok kommen aber auf die Mehrheit der Abgeordneten und haben mit der „Demokratischen Linken“ die neue Regierung gebildet, die im Kern dem alten Memorandum-Pakt eines weiteren Spar- und Schrumpfprogrammes zustimmen wird, unter Ausdehnung der „Zeitachse“.

Am selben Tag wurde auch in Frankreich gewählt und die Sozialistische Partei, also die Sozialdemokraten von Francois Hollande, haben die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung erzielt. Das ist zwar auch eine Absage an die scharfe Austerity-Politik von Sarkozy und Merkel, hält sich aber im Rahmen des Kurses der Euro-Gewaltigen, die wir vor allem in Berlin finden. Nach dem Fiasko in den Spar-Ländern, die allesamt Rückgänge im Wirtschaftswachstum und wachsende Defizite zu beklagen haben, heißt nun die Propaganda-Devise überall: Mehr Sparen und trotzdem Wachsen.

Dies ist nichts weiter als eben Propaganda, es wird den Ländern und Völkern nicht helfen, und letzten Endes auch nicht dem Euro. Die Frage lautet: Wird es gelingen, über die nationalen Grenzen hinweg eine europäische Bewegung für soziale Politik und Demokratie zu entwickeln, die die Spar- und Schrumpfpolitiker zur Kurskorrektur zwingen kann? Eine Unterfrage heißt: Werden die Euro-Gewaltigen vor allem in Berlin den Euro und die Euro-Zone lieber platzen lassen, als dass sie eine solche Änderung hinnehmen?

Das Problem in einigen systematischen Schritten:

### **1.) Die Lage Europas ist in der Tat düster, doch handelt es sich nicht um ein europäisches Problem, sondern um die Krise des neoliberalen Akkumulationsmodells, also des Kapitalismus schlechthin**

Die hohe Arbeitslosigkeit in Europa widerspiegelt die miserable sozio-ökonomische Lage. In Spanien liegt sie bei 24 %, in Griechenland bei 22 %, in Portugal bei 16 %, im Euro-Schnitt bei 11 %. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt oft um das Doppelte höher. In Spanien ist mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit, in Griechenland fast jeder zweite. Die Lage in Euro-Land ist derzeit für große Teile der Bevölkerung verheerend, eine Zukunftsperspektive ist im Rahmen der vorherrschenden Politik nicht vorhanden, die Problemländer geraten immer tiefer in die Rezession.

Mittlerweile befinden sich neun der 17 Euroländer in einer solchen Rezession, haben also in zwei Quartalen hintereinander einen BIP-Rückgang. Nämlich: Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern. In der Regel ist der weitere BIP-Rückgang das Ergebnis der von Brüssel und der Troika – dem Dreier-Regime aus EU-Kommission, EZB und IWF – durchgesetzten Sparprogramme.

Die stereotype Formel aus Berlin lautet: Nur der Abbau der Schulden bietet die Chance für einen neuen Wirtschaftsaufschwung. Sonst fressen Zinsen und Schuldendienst jede wirtschaftliche Belebung auf.

Nun ist an diesem Argument natürlich was dran. Die Frage ist allerdings, wie man sinnvollerweise mit Zinsen und Schuldendienst umgeht. Es wäre zuallererst zu fragen, welche Kredite überhaupt „legitim“ sind und welche sofort zu streichen sind und für die keinerlei Zinsen mehr gezahlt werden. Viele Kredite sind durch jahrelange Zinszahlungen schon weitgehend zurückgezahlt, ein entsprechender Schuldenschnitt ist längst überfällig.

Dies steckte ja im Wahlprogramm von Syriza und es wäre eine vernünftige Perspektive gewesen, allerdings mit der klaren Konsequenz eines Zusammenstoßes, einer Schlacht mit den internationalen Finanzmärkten und ihren politischen Agenten in nationalen Regierungen und internationalen Organisationen.

Um eine vernünftige Antwort auf die Schuldenproblematik zu finden, muss man sich darüber im Klaren sein, dass Schulden nicht ein Problem der sog. Südländer oder auch der Euro-Zone sind, sondern das Grundprinzip des kapitalistischen Akkumulationsregimes unserer Zeit.

Dies wird schlagend dadurch bewiesen, dass die Industrieländer von Japan und Großbritannien über die USA und Südkorea bis zu den Euroländern durchgängig hoch verschuldet sind und zwar in allen Bereichen – sowohl die Staaten wie die Unternehmen der Realwirtschaft, die Finanzinstitutionen und die Privathaushalte. Die Durchschnitte der Top 10 Industrieländer sind denen der Eurozone relativ ähnlich. Den Kapitalismus gibt es nur noch als Pumpkapitalismus. Wieso ist das so?

Es hat mit den Widersprüchen im Kapitalismus zu tun, wie sie Karl Marx in seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“ analysiert hat. Er analysiert dort den Doppelcharakter des Lohnes, der für den Kapitalisten zugleich Kosten- und Nachfragefaktor ist. Mit dem durch die Konkurrenz gegebenen Zwang, die Arbeitskräfte und Löhne möglichst zu minimieren, wird gleichzeitig die effektive Nachfrage und damit der Markt eingeschränkt. Es kommt deshalb regelmäßig zu einer Überakkumulation – an produktivem Potential – die in periodischen, „kleinen“ Krisen relativ schnell und wirksam abgebaut werden kann, wenn sich die Überakkumulation nicht allzu weit vom Marktvolumen entfernt hat. Dies funktionierte im sog. „Fordismus“, als die Löhne sich in relativer Proportion zur Arbeitsproduktivität entwickelten und das gesamte Finanzsystem der Logik der Realwirtschaft untergeordnet war.

Dieses Grundprinzip des damaligen Akkumulationsregimes ist mit dem Neoliberalismus über Bord geworfen worden. Nun erleben wir ein gewaltiges, ständig wachsendes Übergewicht des Finanzkapitals über die Realwirtschaft und das entsprechende Anwachsen der Ansprüche des Geldkapitals an die reale Wirtschaftsleistung.

Während 1980 Sozialprodukt und Finanzvermögen noch gleich waren, ist das Finanzvermögen 2011 um das 3,7-fache größer als das Sozialprodukt. Unterstellt man einen –niedrigen– Zinssatz von 5 %, den die 231 Billionen US-Dollar schweren Geldvermögen einfordern, dann müssten jährlich fast 20 % des Welt-SP an die Geldvermögenden abgeführt werden, bevor der erste Cent für Löhne und Gewinne der Realwirtschaft, für Erziehung und Gesundheit usw. ausgegeben werden könnte. Tatsächlich erzielen die großen Vermögen sogar jährlich mehr als 10 % an Rendite. Das auf Wirtschaft und Gesellschaft lastende Gewicht der großen Vermögen wird immer drückender. Die Schulden, unter denen alle Welt stöhnt, sind in Wahrheit vor allem die Ansprüche der Reichen und Super-Reichen auf Zinszahlungen für ihre Kredite an Staaten und Unternehmen und Private.

Woher rührt dieses sich rasant entwickelnde Missverhältnis zwischen Finanzvermögen und Sozialprodukt? Der Hauptgrund liegt in der dramatischen Verringerung des Anteils der Löhne am Volkseinkommen und dem ebenso dramatischen Zurückbleiben der Löhne hinter der Arbeitsproduktivität.

Am Beispiel der USA zeigt sich, dass bis 1970 sich Löhne und Arbeitsproduktivität ähnlich stark entwickelten. Von 1975 bis 2005 stiegen die Arbeitnehmereinkommen aber, in 30 Jahren, nur noch um 8 %, während die Arbeitsproduktivität um 80% in die Höhe schoss. Fast alles, was zusätzlich an Werten produziert wurde, landete bei den Profiten der Unternehmer und Geldvermögensbesitzer. Die Masseneinkommen schrumpften im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung.

In Deutschland ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte seit 2000 um 6 Prozentpunkte gefallen. In den USA um 8 Prozentpunkte.

In Deutschland sind das aktuell 150 Milliarden Euro im Jahr, die nun an Nachfrage dem Binnenmarkt fehlen, während sich die Geldvermögen gewaltig aufstauten – auf fast 5 Billionen Euro – und sich immer mehr auf Finanzprodukte konzentrierten.

Dies gilt auch für die Profite der Realunternehmen. Noch 1960 floss von ihren Profiten so gut wie nichts in Finanzpapiere, im neuen Jahrtausend hingegen wird dort fast die Hälfte der Profite platziert.

Die strukturelle Nachfrageschwäche – bzw. die galoppierende Überakkumulation – ist dem neoliberalen Akkumulationsmodell also in besonderem Maße eingebaut. Die neoliberale Maxime, die nationalen Volkswirtschaften zu möglichst optimalen Verwertungsfeldern für den globalen Wettbewerb auszubauen, führte dann zu einer schnellen Überführung der Wirtschaftskrise in eine Krise der Staatsfinanzen. Denn zu dieser Doktrin gehörte die zentrale Zielsetzung der möglichst großen steuerlichen Entlastung der Unternehmen und der Reichen.

In der EU sind die durchschnittlichen Unternehmenssteuern von fast 36 % in 1995 auf unter 24 % 2011 gefallen. Rechnet man für Deutschland alle Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener, Reiche und Unternehmer zusammen, dann kommt man auf 50 Milliarden Euro, die dem Fiskus jährlich entgehen. Die

staatliche Verschuldung ist demnach zum einen die Folge des Rückgangs der Besteuerung von Reichen und Unternehmen.

Die Staatsverschuldung geht ab dem Jahr 2007 abrupt steil nach oben. Mit der Sozialisierung der Verluste der Finanzmärkte – der Bankenrettung u.ä. – und den Konjunkturprogrammen zur Abwehr eines Konjunkturerinbruchs werden die Staatsschulden in einem nie gekannten Ausmaß in die Höhe getrieben. Insgesamt wurden weltweit 15 Billionen \$ dafür aufgewandt, ein Viertel des Welt-Sozialprodukts. In Deutschland sprang die Staatsverschuldung von 65 % auf über 80%, in Griechenland von 105 auf weit über 200 %, in Italien von 100 auf 120 %. Das Versagen der Finanzinstitutionen und die steuerliche Bevorzugung von Reichen und Unternehmen sind die Hauptgründe für die finanzielle Misere der Staaten.

## **2.) Das „Versagen Europas“ liegt im Kalkül, ist Berechnung der Euro-Gewaltigen, v.a. der in Berlin**

Ein gemeinsamer Markt verschiedener Länder, die zwar in einer Monetärunion sind, aber über keine gemeinsame Wirtschafts-, Geld- und Sozialpolitik verfügen, muss zwangsläufig zu Leistungsbilanzüberschüssen der Länder mit der höchsten Wettbewerbskraft führen und zu Defiziten, d.h. Auslandsschulden, bei den schwächeren Ländern.

Vom ersten Tag der gemeinsamen Währung an hat Deutschland seine Exportüberschüsse erzielt und ausgebaut, während die sog. Problemländer ständig neue Defizite einführen.

Seine Überlegenheit hat Deutschland im Lauf der Jahre sogar noch ausgebaut, indem es v.a. mit Hilfe der Hartz-Gesetze die Arbeits- und Sozialkosten weiter senkte.

Der Vergleich in der Entwicklung der Lohnstückkosten einzelner Euro-Länder zeigt die wachsende Wettbewerbsüberlegenheit Deutschlands. Lohnstückkosten setzen die Arbeitskosten ins Verhältnis zur Arbeitsproduktivität. Danach ist Deutschland 2011 gegenüber dem gesamten Euro-Raum um 19,9 % billiger als 1999. Es ist klar, dass die Euro-Konkurrenten gegen Deutschland heute noch weniger Chancen haben als zu Beginn der Währungsunion.

Es gibt also nicht nur Verlierer des Euro, es gibt vor allem einen strahlenden Gewinner, nämlich Deutschland.

Und auch die Austerity-Politik, die die Problemländer vollends in die Katastrophe führt, verfolgt eine klare Linie. Einmal sollen die Länder so weit wie möglich ausgepresst werden, um ihre Schulden, die ständig wachsen, so weit wie möglich zu bedienen. Das „Memorandum 2“, das Griechenland aufgenötigt wurde und jetzt der eigentliche Gegenstand der Neuwahlen war, legt fest:

- Alle Basislöhne werden um 22 % gesenkt, für Neueingestellte um 32 %.
- Die Auszubildenden-Vergütung wird um über 20 % gekürzt.
- Alle sonstigen Löhne und Gehälter werden bis 2015 eingefroren.
- Alle bisher geltenden Tarifverträge werden mit dem 12.2.2013 ungültig.
- Alle Vollzeitarbeitsplätze in öffentlichen Unternehmen werden in befristete Arbeitsverträge umgewandelt.
- Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wird bis 2015 um 150.000 verringert.
- Die Renten des öffentlichen Dienstes, in der Telecom und der Bankbeschäftigten werden um 15 % gekürzt.

Diese Kürzungen sind nicht nur fatal für die große Masse der abhängig Beschäftigten und auf soziale Transfers Angewiesenen – sie werden auch unweigerlich zu einer weiteren wirtschaftlichen Schrumpfung führen. Für Griechenland selbst rechnet die Troika mit einem weiteren BIP-Rückgang 2012 um rund 5 %. In Portugal werden es klar über 3 % sein, in Spanien liegen die Prognosen ähnlich. Mit dem Rückgang des BIP werden die Steuern, also die Staatseinnahmen, weiter sinken, während die Ausgaben des Staates allein aufgrund der rapide steigenden Zinsen für die Schulden und Neuanleihen weiter in die Höhe gehen. Wie sollen diese Länder die Zielsetzung, ihre Staatsdefizite drastisch zu verringern, unter diesen Bedingungen – sinkende Einnahmen, wachsende Zinszahlungen – je erreichen? Sie können es nicht, die Spar- und Schrumpfpolitik der Troika, wesentlich angetrieben von der Berliner Regierung, verurteilt die Problemländer zu weiterem Niedergang.

Warum verfolgen die Euro-Gewaltigen diese Politik? Wahr ist, dass in der Eurozone über die richtige Politik gestritten wird, aber wahr ist ebenso, dass sich bisher die Austerity-Politik klar durchgesetzt hat. Warum ist das so? Begreifen die Verantwortlichen nicht, wohin sie steuern?

Sie begreifen das sehr wohl. Sie haben drei Gründe, warum sie das Austerity-Konzept verfolgen:

**1. Der Abbau der Staatsschulden ist das neue Mantra des Neoliberalismus: runter mit dem Staat; runter mit den Ansprüchen, hoch mit der Opferbereitschaft.**

Dass Löhne, Renten und Sozialleistungen minimiert werden, war von jeher das Ziel des Neoliberalismus. Nun ist zwar der Neoliberalismus allgemein bis auf die Knochen blamiert, aber die sog. „Gesundung“ der Staatsfinanzen erfordert angeblich die Deckelung des Sozialstaates und überhaupt der Ansprüche aller, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängen. Statt höherer Ansprüche hat mehr Opferbereitschaft stattzufinden.

**2. Mit der „Rettungspolitik“ wird die Demokratie außer Kraft gesetzt.**

Mit dem Verfahren „Kredite gegen Kontrolle“ und in Zukunft mit dem Fiskalpakt wird die Demokratie in den einzelnen Ländern auf breiter Front ausgehöhlt. Nationale Parlamente dürfen ihre Haushalte erst nach Genehmigung durch die EU-Kommission beschließen. Diese überwacht auch die Entwicklung der Löhne und die „Finanzierbarkeit der Renten, Gesundheitsfürsorge und Sozialleistungen“. Das Volk, der „große Lämmel“ (Heine), wird im Namen der Euro-Sparpolitik an die Leine gelegt.

**3. Euro-Europa soll fit gemacht werden für die Konkurrenz mit Asien.**

Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und seit seiner Vorhersage der Finanzkrise einer der Hauptgurus der Ökonomen-Zunft, kann im „Spiegel“ breit ausführen, dass die Südeuropäer begreifen müssten, dass ihr Lebensstil unter den Bedingungen der Globalisierung nicht zu halten sei. Mit Hinweis auf die Konkurrenz in Asien führt er aus, Griechen und andere müssten sich ihre Löhne um die Hälfte senken lassen. In die selbe Kerbe haut der Chef der WTO, Lamy, der sagt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Firmen müsse gegenüber den zukünftigen Hauptkonkurrenten China und Indien verbessert werden. Dies ginge nicht mehr über Qualitätsunterschiede, sondern verlange die Senkung der Arbeitskosten.

Dieses Fitmachen für den Wettbewerb mit der asiatischen Konkurrenz gilt für den gesamten Euroraum und geht weit über die Sanierung maroder Staatshaushalte hinaus. Es geht um eine grundlegende sozialpolitische Degradierung der gesamten Eurozone. Finanzminister Schäuble hat Deutschland da zuvorderst miteinbezogen, indem er erklärte, die Bundesrepublik müsse in diesem Prozess „Vorbild durch Beispiel“ unter Beweis stellen.

### **3. Die neuen Euro-Pläne: noch strafferes Regiment der Reichen und der Zentrale**

Angesichts der Zuspitzung in Griechenland und Spanien und auch Italien tritt der Euro in eine entscheidende Phase und es ist noch nicht ausgemacht, ob er einen Austritt Griechenlands und eine anhaltende Rettungsbedürftigkeit Spaniens überleben würde. Spanien hat ein fast sechsfach höheres BIP als Griechenland, ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Eurozone. Doch es kommt nur noch zu besonders hohen Zinsen an Staatskredite heran, sie sind für das Land nicht mehr bezahlbar. Also liefe alles auf Kredite, Rettungszahlungen aus dem ESM hinaus, der aber damit überfordert würde. Im geplanten Europäischen Stabilitätsmechanismus stehen 500 Mrd. Euro bereit, von denen bereits 100 Mrd. an die spanische Regierung zur Weitergabe an die Banken des Landes vergeben sind. Von 2012 bis 2014 muss Spanien aber allein an Staatsanleihen rund 300 Milliarden zurückzahlen, wofür es an den Finanzmärkten keine Kredite mehr, außer zu Horrorzinsen, erhält. Die neuen Kredite müssen also aus dem ESM-Topf kommen. Italien, das für seine langfristigen Anleihen mittlerweile schon rund 6 % Zinsen zahlen muss, hat bis 2014 fast 590 Milliarden Euro an Staatsanleihen zurückzuzahlen. Über den Finanzmarkt kann es sich nicht refinanzieren. Die Euro-Rettungstöpfe reichen aber bei weitem nicht aus.

Die Euro-Gewaltigen stellen sich auf diese Gefahrenlage ein, indem sie von der bisherigen Strategie in wichtigen Teilen abrücken. Auf dem nächsten Euro-Gipfel Anfang Juli soll ein neuer Plan beschlossen werden. Nach den Informationen der Medien aus Brüssel und den Andeutungen von Merkel und Juncker soll von der Gruppe aus EU-Kommissionspräsident Barroso, EU-Ratspräsident Van Rompuy, Euro-Gruppenchef Juncker und EZB-Präsident Draghi ein Konzept mit folgenden Schwerpunkten entwickelt werden:

**1. Es kommt zu einem neuen „integriertem finanziellem Rahmenwerk“, worunter vor allem eine zentrale Europäische Bankenaufsicht zu verstehen ist, die bei der EZB angesiedelt ist. Die nationalen Einlagen-sicherungsfonds und Bankenrettungsfonds werden zu europäischen Fonds zusammengelegt und von einer gemeinsamen Beschlussbehörde überwacht.**

2. Es wird eine Fiskalunion gebildet, in der die Mitgliedsstaaten selbständig keine neuen Schulden aufnehmen dürfen. Regierungen können souverän nur noch über die Finanzmittel verfügen, die durch eigene Einnahmen herein kamen.
3. Braucht ein Land mehr Finanzmittel, muss es diese bei der Gruppe der Euro-Finanzminister beantragen. Die entscheiden und geben im positiven Fall Euro-Anleihen aus, um die Schulden zu finanzieren. Die Verwendung dieser Mittel wird von der zentralen Gruppe freigegeben und kontrolliert.
4. Die Ministerrunde soll von einem hauptamtlichen Vorsitzenden geleitet werden, der zum europäischen Finanzminister aufsteigen könnte.

Mit dieser neuen Regelung würde etwas eingeführt werden, was bisher vor allem Widerstand der deutschen Regierung gescheitert war, nämlich die Haftungsunion. Für neue Schulden gäbe es jetzt so etwas wie gemeinsame Euro-Anleihen, allerdings eben nur für die neuen Schulden und diese Gelder stünden unter der Aufsicht der Euro-Finanzminister. Es wäre eine weitere Einschränkung der demokratischen Rechte und der Souveränität der Mitgliedsländer und vor allem auch sagt es nichts darüber, wie diese alten Schulden von den Schuldnerländern zu finanzieren wären. Diese müssen jetzt schon einen immer größeren Teil ihrer Steuereinnahmen zur Schuldenfinanzierung hernehmen, werden also gezwungen sein, sich mit immer größeren Anteilen unter das Finanzkuratel der Euro-Gruppe zu stellen.

Die angedachte neue Lösung wird die Zinsen für Neuschulden verringern und vor allem wird es bei den Finanzmärkten das berühmte Vertrauen herstellen, weil nun die Euro-Zone als Ganzes für neue Schulden haftet. Doch wird auf diesem Weg weiter Demokratie abgebaut und nichts getan, um die Entwicklung der einzelnen Länder anzukurbeln, im Gegenteil, der Kampf mit der Last der Altschulden wird die Länder weiter in die Rezession treiben.

#### **4. Die Alternative: Nur ein solidarisches, soziales Europa ist als Union lebensfähig**

Die neuen Konzepte sind, sozusagen auf einem höheren Niveau, genau so wenig problemlösend wie die alte Politik. Will man wirklich eine Politik der Rettung von Euro und Euro-Union betreiben, man muss die neoliberalen Strukturen der Eurozone, die die Grundlage der Probleme bilden, überwinden. Aus wirtschaftspolitischer Sicht müssen folgende Korrekturen vorgenommen werden:

##### **1. Die Union muss von einer im gegenseitigen Wettbewerb stehenden Monetärunion zu einer solidarischen Gemeinschaft werden**

Es kann nicht länger um Schuldentragfähigkeit, um Wettbewerbsfähigkeit und um Sparwilligkeit der Mitglieder gehen, sondern um die solidarische Übernahme als berechtigt eingestufte Schulden und um die Entwicklung einer Struktur- und Entwicklungspolitik aller. Zu den Imperativen der Entwicklungspolitik gehören die Ziele der Vollbeschäftigung, guter und gut bezahlter Arbeit und hochqualifizierter Ausbildung. Ebenso gehört dazu, dass die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte verschwinden müssen. Die bisherigen Überschussländer, vor allem Deutschland, müssen ihre Exporte zurückfahren und dementsprechend ihren Binnenmarkt ausbauen. Die bisher in die Exportüberschüsse fließenden Waren müssen in Zukunft einen Markt im Innern vorfinden. Der wesentliche Punkt hierbei ist die spürbare Erhöhung der Masseneinkommen. Die Exportüberschüsse betragen derzeit rund 5 % des BIP. Um diese Prozente müssten die Masseneinkommen steigen, soll das Ungleichgewicht abgebaut werden, ohne dass es zu Nachfrage- und Produktionsrückgängen kommt.

Die Erhöhung der Masseneinkommen ist auch das oberste Gebot in den bisherigen Defizitländern. Denn bisher wurde das Defizit über Schulden finanziert. Die sollen verschwinden, ohne dass die Nachfrage in den Ländern zurück geht. Dies ist nur möglich bei drastischer Erhöhung der Masseneinkommen.

##### **2. Unternehmen und Reiche müssen weit höher besteuert werden**

Die Verschuldung der Staaten ist nicht zuletzt auf die Drosselung der Staatseinnahmen im Gefolge ständiger Steuersenkungen für Reiche und Unternehmer zurück zu führen. Deren Steuervergünstigungen haben in Deutschland zu einem jährlichen Steuerausfall von 50 Milliarden Euro geführt. Seit 1997 ruht in Deutschland die Vermögenssteuer. Würde man allein den deutschen Millionären – von denen es eine knappe

Million gibt – 50% ihres Reichtums wegsteuern, würde der Fiskus 1,1 Billionen Euro einnehmen, mehr als die Hälfte aller Staatsschulden.

### **3. 1 % Reiche – 99 % der subalterne Rest: diese absurde Zweiteilung muss beendet werden**

Das private Geldvermögen hat sich in Deutschland seit 1990 verdreifacht, auf fast 5 Billionen Euro. Weltweit ist das Finanzvermögen fast viermal höher als das Sozialprodukt. Die Zinsansprüche an die jährliche Wirtschaftsleistung sind nicht mehr zu realisieren, ohne dass die Realwirtschaft in die Krise stürzt. Auch deshalb muss die Unterteilung in ständig reichere Reiche und den ständig schwächeren großen Rest der Gesellschaft beendet werden. Dazu gehört die eben aufgeführte Einführung einer hohen Vermögenssteuer. Dazu gehört ebenfalls die höhere Besteuerung der Spitzenverdiener. Überhaupt brauchen wir eine neue Bewertung der menschlichen Tätigkeiten: jede produktive, gesellschaftlich nützliche Arbeit muss anständig entlohnt werden, die Masseneinkommen müssen gegenüber den Spitzen beträchtlich zunehmen. Mehr soziale Gleichheit ist auch ein wichtiges Merkmal einer funktionierenden Wirtschaft.

## **5. Die Wirtschaft muss demokratisch werden – angefangen beim Finanzsektor**

Wenn die Wirtschaft wirklich den Menschen dienen soll, dann müssen diese Menschen darüber entscheiden können, was auf welche Weise produziert wird. Wenn, wie das Grundgesetz es vorschreibt, Eigentum dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen hat, dann muss diese Allgemeinheit die Entscheidungsgewalt über den Einsatz und die Entwicklung der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte haben. Hier gibt es eine Menge an konkreten Probleme zu diskutieren und zu lösen: Wie soll die demokratische Kontrolle effektiv organisiert werden? Wie sollen die verschiedenen Ebenen – lokal, regional, national – und die verschiedenen Bereiche – Selbständige, Kleinbetriebe, Mittel- und Großbetriebe, die Ebenen von Wirtschaft, Politik, Kultur – miteinander verbunden werden? Komplizierte Fragen, aber die gilt es zu lösen.

Und beginnen muss es jetzt mit dem Finanzsektor. Das Volumen und die Macht der Finanzinstitutionen belasten die Volkswirtschaften bis hin zur Gefahr neuer Krisenexplosionen. Im Finanzsektor wird entschieden, für welche Ziele und zu welchen Bedingungen Gelder für Investitionen eingesetzt werden. Deshalb muss hier mit der Wirtschaftsdemokratie begonnen werden. Jede Spekulation muss verboten werden. Banken haben sich auf diesen Geschäftskern zu konzentrieren: den Geldverkehr zu regeln, die Einlagen der Kunden zu sichern und vernünftige, gesellschaftlich sinnvolle Kredite zu vergeben. Dies kann nicht der Investmentausschuss der Deutschen oder der CommerzBank dekretieren, dies kann nur eine demokratisch bestimmte Bank. Die Forderung nach einer demokratischen Verfassung des Finanzsektors stößt heute nach den Erfahrungen der Finanz- und Bankenkrise weithin in der Bevölkerung auf Zustimmung.

Dennoch ist klar: Die angeführten notwendigen Veränderungen setzen eine grundlegende Veränderung der politischen Machtverhältnisse voraus. Bei den Wahlen in Griechenland und Frankreich haben eurokritische Kräfte Zuwächse erzielt. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Neoliberalismus sich trotz des Erstarkens von Occupy- und Demokratie-Jetzt-Bewegungen vor allem in Südländern fest im Sattel hält. Vor allem in Deutschland ist auch die ideologische Dominanz des Neoliberalismus offenkundig. Dies gilt auch und gerade für die Gewerkschaften, die in der Tarifrunde, gemessen an den letzten Jahren, relativ gute Ergebnisse durchsetzten, doch damit argumentierten, nun müssten auch die Arbeitnehmer am Aufschwung und der starken Wettbewerbsstellung der deutschen Wirtschaft „fair beteiligt“ werden. Gerade im „Sonderfall Deutschland“, das fast als einziges Land bisher von der Euro-Krise sogar profitiert – s. die niedrigen Zinsen für deutsche Anleihen – bleiben die Gewerkschaften bei der Orientierung am gemeinsamen Modell, gerieren sich als Sozialpartner, nicht als Organisation, die eine andere Gesellschaft, im Inneren, europaweit und weltweit will.

Wir brauchen ein anderes politisches Kräfteverhältnis. Die Kräfte der Arbeiterklasse und verbündeter Bewegungen und Strömungen, die auf eine neue Gesellschaft drängen, sind noch zu schwach – vor allem im Euro-Hauptland Deutschland und selbst in den sog. Südländern. Das scheint mir die Hauptaufgabe zu sein: In der Arbeiterbewegung, in neuen sozialen Bewegungen und Gruppen die Notwendigkeit des strukturellen Wandels und die notwendigen Schritte dorthin zu erklären.

(Vortrag auf dem Ammersee-Seminar der DKP Südbayern, 23.6.2012)